

## **15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG**

### **115. Sitzung**

**Donnerstag, 11. Dezember 2014**

#### **TOP 3**

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung

#### **Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16 (Staatshaushaltsgesetz 2015/16 – StHG 2015/16)**

Drucksache 15/5959

#### **f) Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr und Infrastruktur**

**Rede der verkehrspolitischen Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion,  
Nicole Razavi MdL**

Frau Präsidentin!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

#### **Was ist gute Verkehrspolitik für Baden-Württemberg?**

#### **Für uns als CDU-Fraktion ist klar:**

Verkehrspolitik muss sich an den Bedürfnissen des ganzen Landes ausrichten. Den Städten und den ländlichen Räumen. Am Anspruch der Menschen aller Generationen auf Mobilität. Gute Verkehrspolitik muss ebenso dem Anspruch der Wirtschaft gerecht werden und als starker Wirtschaftsstandort ist Baden-Württemberg auf ein gutes Verkehrsnetz angewiesen. Davon hängen Beschäftigung, Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung ab.

Und sie muss finanziell nachhaltig sein. Für die CDU-Landtagsfraktion ist es deshalb unzweifelhaft: wir brauchen dringend dauerhaft höhere Investitionen in die Infrastruktur.

Wir sind aber insbesondere davon überzeugt: Politik darf niemals einseitig und ideologisch geprägt sein sie darf nicht beschränken und nicht bevormunden. Sie darf die einzelnen Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielen.

Hier, meine sehr gern Damen und Herren, scheiden sich die Geister zwischen unserer Politik und der von Grün-Rot. Bestes Beispiel dafür ist Ihre LBO-Novelle. Mit Ihren unsinnigen Auflagen treiben Sie die Miet-Preise in die Höhe – zu Lasten der Einkommensschwachen.

Wie wenig Ihnen, sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen und der Landesregierung, an einer ausgewogenen Förderung aller Verkehrsträger gelegen ist, das zeigt der Blick in diesen Haushalt. In vielen Teilen ist er und das was sie dazu sagen, Blendwerk!

Schon gestern haben sich Ministerpräsident und die Sprecher der Regierungsfractionen bemüht, das Bild einer blühenden Verkehrslandschaft in Baden-Württemberg zu zeichnen. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Die Behauptungen, nie habe ein Verkehrsminister mehr Geld in die Infrastruktur investiert, insbesondere in den Straßenbau hat mehr mit Auto-Suggestion zu tun als mit der Wirklichkeit.

- Während Sie, Herr Ministerpräsident, Land auf Land ab von Industrie 4.0 reden und den Wirtschaftsstandort loben wird die Verkehrspolitik Ihres Verkehrsministers in keinsten Weise den Ansprüchen der Wirtschaft und des Standorts Baden-Württemberg gerecht.
- Während unser Ministerpräsident in seiner Rede gestern sagte, ich zitiere: „*Die Infrastruktur muss zu denen Unternehmen kommen, nicht die Unternehmen zur Infrastruktur*“, muss sich ein Unternehmen aus Heilbronn von unserem Verkehrsminister sagen lassen, er solle doch dann seinen Standort verlegen, wenn er mit der Anbindung nicht zufrieden sei.
- Während Sie, Herr Ministerpräsident, hier im Parlament oder bei Unternehmen wie Porsche den Automobilstandort loben, sagt Ihr Verkehrsminister bei einer Veranstaltung mit einer Schweizer Delegation im Haus der Wirtschaft, Zitat: „*Baden-Württemberg hatte mal eine heilige Kuh, das war das Automobil*“

- Dies, meine Damen und Herrn, sind nur zwei Beispiele, die zeigen, zwischen dem, was unser Ministerpräsident hier und draußen im Land sagt, und was seine Landesregierung und seine Minister tun, klaffen Welten.
- Aber auch Sie, Herr Ministerpräsident, schmücken sich mit fremden Federn:
- Elektromobilität und Car 2 Go werden schnell mal zu einer Erfindung der Grünen und dann jongliert er mit schwindelerregenden Zahlen und behauptet: Grün-Rot habe 730 Millionen Euro für den Straßenbau ausgegeben und damit 30 % mehr als die Vorgängerregierung.
- Wie kommts zu den Zahlen? Da hat unser Ministerpräsident einfach die Bundesmittel zu den Landesmitteln dazu gerechnet, damits besser aussieht. Sie schmücken sich damit also sogar mit falschen Federn. Ich halte das für ziemlich skrupellos.

Aber bleiben wir doch gerade mal beim Straßenbau. Und beim Thema Klarheit und Wahrheit.

Das 100 Millionen Debakel vom vergangenen Jahr darf sich nicht wiederholen. Der Stellenaufbau in den Straßenbauverwaltungen ist deshalb richtig und wichtig.

Wenn Sie es aber ernst meinen, warum finanzieren Sie die neuen Stellen dann aus den Invest-Mitteln für den Erhalt und Neubau der Landesstraßen?

- Warum senken Sie gleichzeitig die Planungsmittel um 10 Millionen ab? Warum kürzen Sie den Ansatz für den Erwerb von Grundstücken um 50 %?

Fazit: Mit mehr Leuten wollen Sie also nicht mehr Geld ausgeben, sondern weniger. Damit ist auch klar, dass Ihr Klagen in Richtung Berlin ein einziges Possenspiel ist. Denn: Wer nicht in der Lage ist zu planen und Grundstücke kauft, baut auch keine Straßen.

Minister Hermann rühmt sich zwischenzeitlich ja gerne selbst als Straßenbaufreund.

- Wahr ist, dass keine einzige Landesstraße und keine einzige kommunale Straße in seiner Zeit neu begonnen wurde.
- Wahr ist, dass Sie im Neubau drastisch gekürzt haben, und im Erhalt nur moderat erhöht. Die Verdopplung mit der Sie sich brüsten, ist ein Märchen.

- Wahr ist, dass Schwarz-Gelb für Landesstraßen zwischen 2007 und 2011 122 Millionen im Schnitt pro Jahr für Neubau und Erhalt ausgegeben hat - Grün-Rot seit 2012 aber nur 117 Millionen. Die Gesamtmittel wurden also keinesfalls erhöht.
- Stattdessen haben Sie verschiedene Projekte gestoppt oder verzögert: wie beispielsweise die Neckarquerung Remseck oder Salem Neufrach.

Auch im kommunalen Straßenbau tragen Sie die Verantwortung für den riesigen Investitionsstau. Wichtige neue Maßnahmen können nicht mehr gefördert werden, den Eigenanteil der Kommunen haben Sie verdoppelt.

Ein Musterbeispiel für Klarheit und Wahrheit nach rot-grünem Denkmuster sind auch die Vorschläge für diesen Haushalt.

Der Bedarf im Straßenbau ist uns allen klar: 100 Millionen für den Erhalt, 50 Millionen für Aus- und Neubau und 40 Millionen zusätzlich für die Brückensanierung in einem eigenen Haushalts-Titel. All das war auch so versprochen. Eingehalten wird es nicht.

Das versuchen Sie zu verschleiern indem Sie die Ansätze im Haushalt erst abgesenkt, um dann vollmundig die Erhöhung der Mittel zu verkünden. Mich macht das einfach nur fassungslos.

Dass Sie die Erhöhungen dazu nur durch Änderungsanträge lediglich in Haushaltsvermerken des Einzelplan 12 eingebracht haben, ist mutlos, nicht verlässlich und der falsche Weg.

Fazit: Es gelingt Ihnen nicht, den Bedarf zu decken. Trotz höchster Steuereinnahmen, trotz neuer Kredite in Milliardenhöhe. Wenn überhaupt, erreichen Sie nur mit Müh und Not das, was Ihre Vorgänger trotz Sparhaushalte und Netto-Null erreicht haben.

- Wir fordern Sie deshalb auf, machen Sie sich ehrlich, halten Sie Ihre Zusagen ein.
- Schaffen Sie Klarheit und verankern Sie die notwendigen Mittel im Haushalt, dann haben Sie unsere Zustimmung.

Nach 3 1/2 Jahren Grün-Rot zeigt sich: Sie machen nicht alles anders – aber dafür vieles schlechter. Auch im ÖPNV und SPNV.

- Trotz Umweltverbund ist es Ihnen nicht gelungen den ÖPNV zu stärken. Sie haben die Fördertatbestände ausgeweitet, die Mittel aber nicht erhöht – obwohl der Investitionsbedarf in Fahrzeuge und Infrastruktur hoch ist.
- An der Reform der ÖPNV-Finanzierung sind Sie mit Ihrem falschen Konzept gescheitert, das am Ende weder die Landkreise und Kommunen noch die Unternehmen mittragen konnten. Für das mittelständische Busgewerbe wären die Folgen verheerend gewesen.
- Wegen Ihrer handwerklichen Fehler bei der Busförderung, hat das Busgewerbe ohnehin einen hohen Nachholbedarf bei der Beschaffung von Bussen.
- Wir beantragen deshalb eine Erhöhung der Busförderung und der Investitionen in den ÖPNV um jährlich jeweils 5 Mio. Euro

Und dann noch zum SPNV:

- Ihre Nahverkehrskonzeption 2025 ist auf Sand gebaut. Ihre Finanzierung steht in den Sternen und birgt ein erhebliches Haushaltsrisiko.
- Natürlich brauchen wir mehr Regionalisierungsmittel vom Bund. Deshalb tragen wir den gemeinsamen Antrag auch mit. Allerdings, lieber Herr Schwarz, ist der Bund ja fast schneller als Ihr Antrag.
- Mit Ihrem gestrigen Angriff auf Finanzminister Schäuble wollen Sie, Herr Minister, aber doch nur von eigenen handwerklichen Fehlern ablenken und schon mal vorbauen.
- wenn es zu Abbestellungen kommt, tragen Sie dafür die Verantwortung.
- weil Sie die Ausschreibungen um Jahre verspätet auf den Weg gebracht werden, weil es zu teuren Übergangverträgen kommt
- und weil sich das negativ auf den Wettbewerb und damit somit auf den Preis auswirken wird. Davor haben wir lange gewarnt.

Die Verlierer dieser grün-roten Verkehrspolitik sind auf alle Fälle die Leistungsträger unseres Verkehrssystems. Straße, Schiene, ÖPNV und Bus, die Kommunen und Unternehmen.

## Und wo sind die Gewinner?

- Einen findet man in Ihrem verkehrspolitischen Adventskalender, hinter fast jedem Türchen kommt das Fahrrad und der Radverkehr zum Vorschein.
- explizit mit Zahlen belegt. 22 Mio. alleine fürs Fahrrad (zur Erinnerung Neubau Straße seit 2012 im Durchschnitt 37 Mio.) und jetzt kommen durch Ihre Anträge nochmals 15 Mio. dazu.
- zusätzlich saugt der Radwegebau Geld aus Straßenneubau und Erhaltungsmitteln, dem ÖPNV, sogar aus der Straßenbauverwaltung und steigen ins Unermessliche.
- ich darf nochmals den Ministerpräsidenten zitieren. Sagte gestern wenn wir uns über den Radverkehr lustig machten, seien wir nicht auf dem Stand der Dinge.
- Das sind wir sehr wohl – wir haben Ihre Antwort auf die Herausforderungen der Wirtschaft und Industrie 4.0 verstanden. Ihre heilige Kuh ist das Fahrrad! Da vergeht mir das Lachen.
- Weiterer Gewinner ist die neue völlig aufgeblähte und aus unserer Sicht völlig überflüssige Abteilung 5 Nat Mobilität. Dort wird sogar ein eigener Fahrradreferent beschäftigt. Sie ist Gegenspieler der Straßenbauabteilung.
- Und schließlich sind die Gutachter und Berater die großen Gewinner.
- schon zwischen 2010 und 2013 sind die Ausgaben für Gutachten von 890.000 Euro auf über 2.2 Mio. gestiegen.
- die Kosten für Gutachten und Dienstleistungen steigen von 5,6 Mio. 2014 auf sage und schreibe 11,6 Mio. Euro 2016!!!
  - warum brauchen Sie trotz 100 neuer Mitarbeiter soviel externe Beratung?
  - warum vertrauen Sie Ihren Beamten nicht?
  - wo bleiben die Erfolge dieser Berateritis?
  - Wer hat eigentlich das Sagen in Ihrem Haus? Sie oder Ihre Berater?

Den Preis für diese fremdgesteuerte Politik zahlt nicht nur der Steuerzahler, sondern auch Ihre Mitarbeiter und Fachabteilung.

**Fazit:**

Grüne und SPD und diese Landesregierung finden auch in der Verkehrspolitik nicht die richtigen Antworten auf die Herausforderungen in diesem Land. Sie setzen die falschen Prioritäten, sind kraftlos, mutlos, durchsetzungsschwach. Ob Straße, ÖPNV oder SPNV – es mag Ihnen einfach nichts gelingen. Gemessen an den finanziellen Bedingungen, mit denen Sie regieren dürfen, bleiben Sie weit hinter Ihren Möglichkeiten und unseren Erwartungen zurück.